

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 06.12.2021
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:00 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Michael C. Kissig CDU

Mitglieder

Christian Fuchs CDU

Michael Schernikau CDU

Herbert Thomascheski CDU

Rüdiger Fölske SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Wolfgang Rüdiger SPD

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Olaf Wuttke Bündnis 90 / Die Grünen

Renate Koschorrek FDP

Andreas Schnieber WSI

Dr. Detlef Murphy DIE LINKE

Umweltbeirat

Jens Brüggemann Umweltbeirat

Seniorenbeirat

Wolfgang Meyer-Lomberg Seniorenbeirat

Verwaltung

Manuel Baehr

Niels Schmidt Bürgermeister

Niklas Viehmann Protokollführung

Jörg Amelung

Rolf Jagemann

Volkmar Scholz

Gisela Sinz

Ralf Waßmann Verwaltung

Abwesend

Jugendbeirat

Arne Thon Jugendbeirat entschuldigt.

Gäste:

2 Einwohner*innen

Der Vorsitzende Herr Kissig begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Zum Tagesordnungspunkt 4 liegen keine Unterlagen vor und soll erst im Rat am 16.12.2021 behandelt werden. Der Tagesordnungspunkt wird daher gestrichen.

Nach kurzer Diskussion über die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 5 - Haushalt 2022 und Tagesordnungspunkt 6 - Hebesatzsatzung erläutert Herr Kissig, dass die Hebesätze in der Haushaltssatzung festgelegt werden und die Hebesatzsatzung lediglich das technische Mittel sei, diese ab 01.01.2022 umsetzen zu können. Die Diskussion über die Hebesätze müsse daher bei der Haushaltsberatung stattfinden.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig die Streichung des Tagesordnungspunktes 4 sowie den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 12 - 14.2.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-------|---|---------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 15.11.2021 | |
| 4 | Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2021 | BV/2021/134 |
| 5 | Haushalt 2022 | |
| 5.1 | Stellenplan 2022 | BV/2021/112 |
| 5.1.1 | Antrag der FDP-Fraktion
hier: Antrag zum Stellenplan 2022
Nachbesetzung von offenen Stellen | ANT/2021/058 |
| 5.2 | Haushaltssatzung 2022 | BV/2021/108 |
| 5.3 | Haushaltsrechtliche Grundlage zur Veranschlagung der Abbruchkosten für den 68er-Anbau der GHS. | MV/2021/093 |
| 6 | Satzung der Stadt Wedel über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) | BV/2021/131 |
| 7 | Haushaltskonsolidierung; Verwaltung der Hilfen für Asylbewerber*innen und Flüchtlinge
hier: Zukünftige Organisation der hauptamtlichen Betreuung geflüchteter Menschen | BV/2021/125-1 |

- | | | |
|------|---|-------------|
| 7.1 | Haushaltskonsolidierung; Verwaltung der Hilfen für Asylbewerber*innen und Flüchtlinge
hier: Zukünftige Organisation der hauptamtlichen Betreuung geflüchteter Menschen | BV/2021/125 |
| 8 | Öffentlicher-rechtlicher Vertrag über die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft nach §19a GkZ zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB XII, Asylbewerberleistungsgesetz, dem Landespflegegesetz und §6b Bundeskindergeldgesetz
hier: Anpassung des Vertrages bezüglich der Aufgabenübertragung Bildung und Teilhabe auf die Stadt Wedel | BV/2021/129 |
| 9 | Spendenannahme vom Schulverein des Johann-Rist-Gymnasiums e.V. | BV/2021/132 |
| 10 | Mitgliedschaft der Stadt Wedel in der Aktivregion Pinneberger Marsch und Geest e.V. | BV/2021/126 |
| 11 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 11.1 | Sachstandbericht zur aktuellen Corona-Situation | |
| 11.2 | Bericht der Verwaltung | |
| 11.3 | Öffentliche Anfragen | |

nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|------|---|-------------|
| 12 | Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 15.11.2021 | |
| 13 | Grundstücksangelegenheit Krons Kamp | BV/2021/130 |
| 14 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 14.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 14.2 | Nichtöffentliche Anfragen | |

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|----------------------------------|--|
| 15 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |
|----|----------------------------------|--|



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Herr Meyer-Lomberg stellt sich als neuer Vertreter des Seniorenbeirates im Haupt- und Finanzausschuss vor. Aus dem Seniorenbeirat gibt es aktuell keine Themen.

Der Umweltbeirat hat nichts zu berichten.

Der Jugendbeirat ist in dieser Sitzung nicht vertreten.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 15.11.2021

Es gibt keine Einwände zum Protokoll.

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2021

BV/2021/134

Der Tagesordnungspunkt wurde gestrichen.

5 Haushalt 2022

Herr Kissig erläutert das Verfahren.

Zum Haushalt wurden aktuelle Zahlen sowie eine Nachmeldeliste nachgereicht.

Zunächst werde über den Stellenplan sowie den eingereichten Antrag der FDP beraten und abgestimmt. Anschließend werden die nachgemeldeten Punkte der Veränderungsliste durchgegangen. Im Anschluss erfolgt der Beschluss über die Haushaltssatzung mit den bis dahin eingebrachten Änderungen.

5.1 Stellenplan 2022

BV/2021/112

Auf Nachfrage wird erläutert, dass im Zuge der Ausschussberatungen keine weiteren Stellenplananträge vorliegen.

Zu dem Stellenplan gibt es keine Anmerkungen der Gremiumsmitglieder.

Nach der Diskussion über den Antrag der FDP erfolgt die Abstimmung über den Stellenplan.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 als Bestandteil der Haushaltssatzung 2022.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja (3x SPD, 2x Bündnis 90 / Die Grünen, 1x FDP, 1x DIE LINKE)

4 Nein (4x CDU)

2 Enthaltungen (1x WSI, 1x Bündnis 90 / Die Grünen)

5.1.1 Antrag der FDP-Fraktion

hier: Antrag zum Stellenplan 2022

ANT/2021/058

Nachbesetzung von offenen Stellen

Frau Koschorrek stellt den Antrag der FDP vor.

Herr Schmidt äußert, dass er etwas irritiert über den Antrag sei. Er halte diesen für nicht zielführend und er greife in die Personalkompetenz des Bürgermeisters ein. Aufgrund der Arbeitsmarktlage sei es aktuell schwierig, Personal zu finden und Stellen nachzubesetzen. Daher dauern Stellenbesetzungsverfahren so schon lange. Sollte der Beschluss gefasst werden, führe dies zu einer Attraktivitätssenkung der Stadt Wedel als Arbeitgeberin und Sorge für eine stärkere Belastung des vorhandenen Personals. Es müsse nicht nur über Stellen, sondern auch über die dazugehörigen Aufgaben gesprochen werden. Das Mittel der Wiederbesetzungssperre wurde schon öfter eingesetzt, habe aber häufiger nur zu mehr Aufwand anstatt einer Einsparung geführt. Derzeit lägen elf Überlastungsanzeigen vor, ein solcher Beschluss wäre daher kontraproduktiv. Er bittet darum, den Antrag nicht weiter zu verfolgen.

Die SPD teilt die Auffassung des Bürgermeisters. Dies sei ein unnötiger Eingriff in die Personalhoheit. Zudem gebe es schon seit Jahren das Problem, dass nicht genügend Mitarbeiter gefunden werden. Es müssten hierzu Lösungen gefunden werden. Herr Fölske weist diesbezüglich auf den Haushaltsbegleitbeschluss aus dem Dezember 2019 hin, der sich mit einem Konzept zur Neu- und Umstrukturierung der städtischen Leistungen/ Angebote beschäftige. Zu diesem Antrag sei noch nichts vorgelegt worden, daher bittet Herr Fölske die Verwaltung darum, den Antrag weiter zu verfolgen.

Für die Grünen sei der Antrag zu pauschal gefasst. Es gebe eventuell Bereiche, die überdacht werden könnten. Frau Süß weist hier auf das Büro des Bürgermeisters hin, für welches 2,5 Stellen sowie die Pressestelle vorgehalten werden und fragt, welche Aufgaben von diesen Stellen ausgeführt werden.

Herr Schmidt antwortet, dass die Ausstattung der Pressestelle auf die strategischen Ziele zurückgehe. Durch diese Stelle werde die Außendarstellung verbessert. Die weitere Stelle, Referent des Bürgermeisters, wurde durch eine Umstrukturierung geschaffen.

Frau Koschorrek kann die Begründung des Bürgermeisters teilen und sei bereit, den Antrag zurückzuziehen, wenn vermerkt wird, dass der Bürgermeister bereit sei, im HFA vierteljährlich mitzuteilen, welche Stellen nachbesetzt wurden und warum.

Herr Kissig weist darauf hin, dass es schwierig für die Fraktionen sei, Aufgaben in Form der Aufgabenkritik zu beurteilen. Er habe in der vergangenen Sitzung zum Gebäudemanagement gefragt, ob die Aufgaben dort so strukturiert werden könnten, dass die Pflichtaufgaben durch das vorhandene Personal ausgeführt und nach Möglichkeit die weiteren Aufgaben extern vergeben werden. Die Antwort darauf, dass dies überprüft und gemacht werde, sei ihm zu pauschal.

Die Verwaltung solle darstellen, in welchen Bereichen es häufiger zu Problemen komme, damit darüber gesprochen werden könnte, wie das vorhandene Personal besser eingesetzt werden könne. Er plädiert für ein größeres Miteinander und eine zielführende Zusammen-

arbeit.

Herr Schmidt nimmt aus der Diskussion die zwei angesprochenen Bereiche mit, die genauer überprüft und dargestellt werden sollen und guckt den Ratsbeschluss nochmal an. Die Berichte zu den Stellennachbesetzungen können erfolgen.

Herr Fölske weist darauf hin, dass die selbe Diskussion bereits vor zwei Jahren geführt wurde und fragt, warum noch nichts passiert sei.

Die FDP zieht ihren Antrag zurück.

Anschließend lässt Herr Kissig über den Stellenplan abstimmen.

5.2 Haushaltssatzung 2022

BV/2021/108

Herr Kissig geht die vorliegende Veränderungsliste mit den nachträglichen Änderungen zum Haushalt durch. Zu den einzelnen Punkten können die Mitglieder Fragen stellen und Anmerkungen tätigen.

Herr Wuttke weist auf die Wichtigkeit der schnellen Umsetzung einer Lösung für den Bau einer Fußgängerampel im Bereich Fahrenkamp (Haushaltsentwurf S. 634) hin. Er habe im Planungsausschuss bereits angeregt, die Baumaßnahme haushaltsneutral einzuplanen. Dies könne durch eine Mittelverschiebung aus anderen Bereichen erfolgen, wo die Mittel nicht so dringend benötigt werden. Er macht darüber hinaus den Vorschlag, dort ein weiteres Ortsschild aufzustellen, um die zulässige Höchstgeschwindigkeit zu verringern und den querenden Personen mehr Sicherheit zu ermöglichen. Als Beispiele nennt er die Stadt Quickborn und die Gemeinde Borstel-Hohenraden, wo weitere Ortsschilder aufgestellt wurden. Frau Süß ergänzt, dass der Bus bereits jetzt am Fahrenkamp fahre und daher schnellstmöglich die Maßnahme umgesetzt werden müsse. Wenn die Mittel erst mit der Haushaltsgenehmigung frei werde, könne dort erst im Laufe des nächsten Jahres eine Ampel aufgestellt werden. Die Mittel sollten jetzt bereitgestellt und die Maßnahme beauftragt werden.

Die Verwaltung wird prüfen, ob dort zusätzliche Ortsschilder aufgestellt werden können. Herr Schmidt berichtet, dass die Umsetzungsquote der Investitionen aufgrund der Kürzung der Investitionsmittel derzeit bei fast 100 % liege. Nach den Hochrechnungen könne für das kommende Jahr eine Umsetzungsquote von 72 % erzielt werden. Ein Ortsschild oder ein Tempo 60 Schild habe eine andere Wirkung als eine Ampel. Die Maßnahme vor der Haushaltsgenehmigung umzusetzen sei haushaltsrechtlich allerdings nicht möglich.

Herr Schnieber fragt, warum in der Liste Maßnahmen aufgeführt wurden, die von den Fachabteilungen empfohlen und vorher nicht im jeweiligen Fachausschuss beraten wurden. Dies sei äußerst unschön.

Frau Sinz erläutert, dass die Maßnahme zur Erweiterung des Parkplatzes bei der Feuerwache bereits in 2021 veranschlagt wurde und auf einen Prüfauftrag aus dem letzten Jahr zurückginge. Die Aufnahme der benötigten Mittel soll im UBF angedeutet worden sein. Herr Rüdiger ergänzt, dass die Maßnahme aus versicherungstechnischen Gründen umgesetzt werden müsse. Der Punkt stand allerdings nicht auf der Nachtragsliste für den UBF.

Das Fundament für die Klassenraumcontainer wurde im UBF beraten, die Liste sei hier verrutscht. Es wird darauf hingewiesen, dass für die Maßnahmen an der Moorwegschule insgesamt 150.000 € und nicht 160.000 € beschlossen wurden.

Die Mittel für die Inventaranschaffungen der Hausmeister wurden bisher nicht im Ausschuss besprochen. Es handelt sich dabei um die Neuanschaffung von u.a. Werkzeugen sowie der Ersatz eines defekten Rasenmähers.

Die Vorlage soll für den Rat angepasst werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die einzelnen Seiten der Veränderungsliste getrennt voneinander betrachtet werden müssen. Die Seiten 1 und 2 haben Auswirkungen auf den Ergebnisplan, die Maßnahmen auf Seite 3 haben Auswirkungen auf den Finanzplan.

Herr Fölske weist auf den guten Trend hin, der nach dem aktualisierten Gesamtplan für die kommenden Jahre erzielt werden könne. Zusammen mit den möglichen Ergebnissen der Haushaltskonsolidierung könne in 2025 ein positives Jahresergebnis erzielt werden. Er fragt, ob es für die Gespräche mit dem Innenministerium zur Haushaltsgenehmigung hilfreich wäre, bereits jetzt in der Planung für 2025 eine schwarze Null zu veranschlagen.

Herr Schmidt antwortet, dass es sicherlich hilfreich wäre, maßgeblich aber die Zahlen für das kommende Haushaltsjahr seien. Das Ziel sei es, wieder zu einer schwarzen Null zu gelangen. Außerdem müsse der in den letzten Jahren fortgeschrittene Eigenkapitalverzehr wieder aufgefüllt werden.

Er rät davon ab, den Haushaltsbeschluss weiter nach hinten zu verschieben, da die derzeitigen verfügbaren Investitionsmittel bei knapp 0 lägen. Die Kritik an der Umsetzungsquote wurde gut gelöst. Wenn bei den Gesprächen mit dem Innenministerium gezeigt werde, dass die aufgetragenen Aufgaben aus dem letzten Gespräch erfüllt wurden, dann sei die Stadt in einer besseren Position. Viele weitere Städte werden mit einem negativen Ergebnis planen, sodass der Prozess der Haushaltsgenehmigung sich verzögern könne.

Die aktuell vorgelegten Zahlen gelten für die zu beschließende Haushaltsvorlage.

Herr Schnieber kündigt zum Rat einen Antrag zu den Haushaltsmitteln bezüglich des Wohnungsbaugesbietes Wedel Nord an.

Herr Kissig führt aus, dass die Anhebung der Grundsteuern und der Gewerbesteuern eigentlich als letzte Maßnahme in einem gesamten Konsolidierungspaket getätigt werden sollte. Im aktuellen Haushaltsentwurf sei dieses Mittel allerdings als erste Maßnahme gewählt worden. Bisher wurden noch keine nennenswerten Einsparungen durch die Haushaltskonsolidierung erzielt oder eingeplant. Daher beantragt er für die CDU:

1. Die Grundsteuer B wird im Haushaltsentwurf auf den aktuellen Wert von 425 % gesenkt.
2. Die Gewerbesteuer wird im Haushaltsentwurf auf den aktuellen Wert von 380 % gesenkt.

Frau Süß erläutert, dass die Grünen innerhalb der Fraktionen dazu unterschiedlicher Meinung seien. Die Erhebung der Grundsteuer werde als okay angesehen, aber die Erhebung der Gewerbesteuer werde als falsch erachtet. Derzeit sollen neue Firmen angesiedelt werden, die dann erheblich durch die Erhöhung betroffen oder abgeschreckt werden könnten.

An dieser Stelle wird erneut diskutiert, ob die Reihenfolge der Tagesordnungspunkt 5 und 6 sinnvoll sei.

Anschließend lässt Herr Kissig über die Anträge der CDU abstimmen.

1. Die Grundsteuer B wird im Haushaltsentwurf auf den aktuellen Wert von 425 % gesenkt.

Der Antrag wird beschlossen mit

- 5 Ja (4x CDU, 1x Bündnis 90 / Die Grünen)
- 3 Nein (2x Bündnis 90 / Die Grünen, 1x FDP)
- 5 Enthaltungen (3x SPD, 1x WSI, 1x DIE LINKE)

2. Die Gewerbesteuer wird im Haushaltsentwurf auf den aktuellen Wert von 380 % ge-

senkt.

Der Antrag wird beschlossen mit

7 Ja (4x CDU, 3x Bündnis 90 / Die Grünen)

2 Nein (1x FDP, 1x DIE LINKE)

4 Enthaltungen (3x SPD, 1x WSI)

Herr Schmidt erläutert, dass dies zu einer weiteren Ergebnisverschlechterung von rund fünf Millionen Euro führen werde.

Frau Jacobs-Emeis begründet das Abstimmungsverhalten der SPD. Diese wollen zunächst in der Fraktion über den Antrag beraten.

Herr Kissig entgegnet, dass die Anträge nun beschlossen seien. Anträge auf eine Änderung im Rat seien möglich.

Die WSI habe sich ebenfalls enthalten, da zunächst auch die Argumente der anderen Fraktionen und Fraktionsmitglieder einbezogen werden sollten. Die Beschlussvorlage für den Haushalt enthalte nun keine Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer. Die endgültige Entscheidung fiele jedoch zunächst im Rat.

Herr Kissig stellt klar, dass die Verwaltung, sollte es zu einer Haushaltsempfehlung kommen, nun eine neue Vorlage vorlegen müsse mit den notwendigen Aktualisierungen. Im Rat habe jede Fraktion die Möglichkeit, Änderungsanträge zu stellen.

Herr Fölske erläutert, dass die SPD sich enthalten habe, um zunächst die Fraktionsbesprechungen am Montag abzuhalten. Die Steuererhöhungen sollten zusammen mit der Konsolidierung kommen. Der Bericht des Landesrechnungshofes und die dazu noch zu erstellende Stellungnahme des Bürgermeisters berühren ebenfalls den Haushalt und sollten Berücksichtigung finden.

Herr Kissig erläutert, dass in diesem Haushaltsentwurf noch keine Konsolidierungsfortschritte erkennbar seien. Der Haushalt enthalte viele Punkte, die gegen die Stimmen der CDU aufgenommen wurden. Zuletzt erfolgte auch noch die informelle Ablehnung der Fraktionen hinsichtlich des Kongresshotelbaues an der Badebucht, der ein Einsparpotential in Höhe von 500.000 € bieten würde. Es zeige sich, dass die Konsolidierungsbemühungen bei vielen nur Lippenbekenntnisse seien, aber die konkreten Maßnahmen abgelehnt würden. Die CDU wird diesen Haushaltsentwurf ablehnen, da keine Haushaltskonsolidierung erkennbar sei.

Anschließend leitet Herr Kissig in die Abstimmung über.

Beschluss:

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2022 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja (2x Bündnis 90 / Die Grünen, 1x DIE LINKE)

4 Nein (4x CDU)

6 Enthaltungen (3x SPD, 1x WSI, 1x FDP, 1x Bündnis 90 / Die Grünen)

5.3 Haushaltsrechtliche Grundlage zur Veranschlagung der Abbruchkosten für den 68er-Anbau der GHS.

MV/2021/093

Nach der Auffassung von Herrn Schnieber sei die Begründung der Verwaltung rechtlich unzutreffend. Er werde das Thema zu einem anderen Zeitpunkt erneut verfolgen und thema-

tisieren.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

-
- | | | |
|----------|--|--------------------|
| 6 | Satzung der Stadt Wedel über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) | BV/2021/131 |
|----------|--|--------------------|

Aufgrund der Beschlüsse unter TOP 5.2 entfällt dieser Punkt.

-
- | | | |
|----------|---|----------------------|
| 7 | Haushaltskonsolidierung; Verwaltung der Hilfen für Asylbewerber*innen und Flüchtlinge
hier: Zukünftige Organisation der hauptamtlichen Betreuung geflüchteter Menschen | BV/2021/125-1 |
|----------|---|----------------------|

Der Sozialausschuss hat eine Änderung im Beschlusstext vorgenommen. Im dem Beschlusstext wurde der Passus „in einer einzurichtenden Arbeitsgruppe, bestehend aus Politik und Verwaltung“ aufgenommen.

Die HFA Mitglieder stimmen über die vom Sozialausschuss geänderte Beschlussvorlage ab.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt, den jetzigen bestehenden Vertrag zur hauptamtlichen Betreuung geflüchteter Menschen zum 31.12.2022 zu kündigen und die Leistung im ersten Halbjahr 2022 in einer einzurichtenden Arbeitsgruppe, bestehend aus Politik und Verwaltung neu zu definieren und zum 01.01.2023 auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

-
- | | | |
|------------|---|--------------------|
| 7.1 | Haushaltskonsolidierung; Verwaltung der Hilfen für Asylbewerber*innen und Flüchtlinge
hier: Zukünftige Organisation der hauptamtlichen Betreuung geflüchteter Menschen | BV/2021/125 |
|------------|---|--------------------|

Es wurde die geänderte Fassung BV/2021/125-1 empfohlen.

-
- | | | |
|----------|---|--------------------|
| 8 | Öffentlicher-rechtlicher Vertrag über die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft nach §19a GkZ zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB XII, Asylbewerberleistungsgesetz, dem Landespflegegesetz und §6b Bundeskindergeldgesetz
hier: Anpassung des Vertrages bezüglich der Aufgabenübertragung Bildung und Teilhabe auf die Stadt Wedel | BV/2021/129 |
|----------|---|--------------------|

Es gibt keine Wortbeiträge zu diesem Tagesordnungspunkt.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt, den um die neue Aufgabenübertragung von Bildung und Teilhabe erweiterten Vertrag mit dem Kreis Pinneberg zu schließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

-
- | | | |
|----------|---|--------------------|
| 9 | Spendenannahme vom Schulverein des Johann-Rist-Gymnasiums e.V. | BV/2021/132 |
|----------|---|--------------------|

Auf eine Nachfrage zu den Folgekosten wird auf S. 2 der Vorlage verwiesen. Demnach wird

davon ausgegangen, dass in den nächsten 10 Jahren keine Folgekosten entstehen werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, dass die Sachspende „Bänke für ein grünes Klassenzimmer/Außenklassenzimmer“ vom Schulverein des Johann-Rist-Gymnasiums e. V. an das Johann-Rist-Gymnasium angenommen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**10 Mitgliedschaft der Stadt Wedel in der Aktivregion Pinneberger
 Marsch und Geest e.V.**

BV/2021/126

Es gibt keine Wortbeiträge zu dieser Vorlage.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt die Fortsetzung der Mitgliedschaft der Stadt Wedel in der Aktivregion Pinneberger Marsch und Geest e.V. auch für die neue EU-Förderperiode von 2023 bis voraussichtlich 2027.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

11.1 Sachstandbericht zur aktuellen Corona-Situation

Herr Schmidt berichtet, dass die Lage derzeit angespannt aber stabil sei. Die Inzidenz auf Kreisebene liege bei 175 und sinke seit einigen Tagen leicht ab.

Auf Nachfrage zu der Kontrolle der 2-G- Regel berichtet Herr Schmidt, dass das Ordnungsamt teilweise auch in Zusammenarbeit mit der Polizei in Geschäften kontrolliere und die Kontrollen auch weiter fortsetzen werde. Der Kreis erhalte die Bußgelder, die relativ empfindlich festgesetzt werden. Bei dem eingesetzten Personal des Ordnungsamtes werde gemischt, sodass die weiteren Aufgaben auch in gewohnter Weise fortgesetzt werden können.

11.2 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

11.3 Öffentliche Anfragen

Frau Koschorrek fragt nach den vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Stadtwerke in der letzten HFA Sitzung angekündigten Vorschlägen für Sparmaßnahmen für die Badebucht.

Herr Kissig antwortet auf die Frage von Frau Koschorrek, dass der Aufsichtsrat sich in seiner Sitzung am 07.12.2021 mit den Sparvorschlägen befasse. Demnach stehen drei Vorschläge im Raum, von denen der Aufsichtsrat einen priorisieren solle, der dann der Politik vorgeschlagen werde. Die Vorschläge werden jedoch nicht in zwei Wochen umsetzbar sein, sodass sie erst Auswirkungen auf die zukünftigen Haushalte haben können. Daher werde zunächst von den bisherigen Planungszahlen ausgegangen.

Herr Wuttke berichtet, dass der Rat vor einigen Jahren einen Beschluss gefasst habe, nach dem jeder Fraktion ein Satz Papierunterlagen der Sitzungsunterlagen zur Verfügung stehen

sollten. Bis zu dem Wechsel der Fraktionsführung bei den Grünen habe er auch für alle Gremien ein Extra-Exemplar erhalten. Seit dem Wechsel habe die Grüne Fraktion keine HFA und Ratsunterlagen mehr extra erhalten. Laut Sitzungsbüro seien diese Unterlagen für Vertretungsfälle gedacht, die nicht an der digitalen Gremienarbeit teilnehmen. Da es im Rat keine Vertretungsfälle gebe und im HFA nur Ratsmitglieder sind, die entweder über die digitale Gremienarbeit Einsicht in die Unterlagen nehmen können, oder als Papiernutzer die Unterlagen sowieso in Papier bekämen, entfalle das Fraktionsexemplar für diese Gremien. Dies widerspreche laut Herrn Wuttke allerdings dem gefassten Beschluss und der bis dato gelebten Praxis. Auf die Nachfrage warum genau zu diesem Zeitpunkt die Praxis geändert wurde, habe Herr Wuttke laut seiner Aussage keine Begründung erhalten. Er weist auf diesen schrägen Umgang in den letzten drei Monaten hin und äußert, dass das Sitzungsbüro nicht extra Aufwand für die Gremienmitglieder erzeugen solle.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende Herr Kissig stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

Unter TOP 13 hat der Haupt- und Finanzausschuss eine Grundstücksangelegenheit am Krons Kamp beschlossen.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 21:00 Uhr.

Vorsitz:

Gez. Kissig

Michael C. Kissig

Protokollführung:

Gez. Viehmann

Niklas Viehmann

